

der Landesregierung vereinbart werden; die Einführung dieses Gesetzes wird in Bayern durch das Beschließen des Bundesrats analog vorgenommen werden, wie auch in Preußen einige Modifikationen in der Ausführung des Gesetzes herbeigeführt haben.

Herr v. Seydel, heißt es, wird der Leitung der Staatsarchiv einen neuen Aufnahmeplan geben, und soll dazu bereits einen neuen Organisationsplan entworfen haben; Dr. Lehmann, ein bekannter Gelehrter, wird ihm als Assistent beigegeben werden. Da Dr. v. Seydel Mitglied der Akademie der Wissenschaften ist, so wird er wohl von dem ihm daraus erwachsenden Rechte Gebrauch machen, an der Universität historische Vorlesungen zu halten.

Der gestern ging durch die Blätter eine Mitteilung von dem Fortgange der Ultramontanen in Westfalen gegen die Redactoren der liberalen und nationalen Zeitungen. Es wurde berichtet, daß von Seiten der Clerus förmlich ein Bann gegen einen solchen verhängt werde, und daß er alles drei bis viermal schwer bestrafen müsse als die übrigen Einwohner, so wie andere Heiden eines blinden Pantheismus. Es wird auch jetzt von einem eifrigsten Fall im Münsterlande berichtet, der bereits zum zweiten Male Schlägerungen sind. Der Redacteur der Westfälischen Provinzialzeitung Guntter hatte in anerkennender Weise in dem von ihm redigierten Blatte sich an die Seite der Regierung gestellt, und zu wiederholten Malen die verschiedenen Lehrsätze der Ultramontanen ans Licht gezogen. Die Folge davon war, daß eine systematische Verfolgung gegen ihn eingeleitet wurde, und daß das Comité jener Zeitung, aus Staatsratsräthen bestehend, unter dem Druck seiner ultramontanen Glaubensgenossen an derselben die Forderung stellte, die Ultramontanen zu verlassen. Als er nur vor kurzem die kanonischen Vorgänge in Rhine zur Kenntnis brachte, und daran die Behauptung knüpfte, es müsse vor allem darauf geachtet werden, daß nur zuverlässige Beamte in Dienste treten, welche den Ultrantern die schließliche Verantwortlichkeit entgegennehmen, nicht aber die alleinige Verantwortung auf sich zu nehmen, so wurde ihm ein sehr schärfendes Geheiß zu Theil. Es ist hier ein Beweis dafür, wie wichtig der Einfluß der ultramontanen Partei zu Gebote steht, und wie vielfache ihre Gegner selbst auch dem Hinterhalte zu treffen vermögen.

Berlin, 28. Juni. In den Angelegenheiten, welche in den Bundesraths-Ausschüssen verhandelt sind, wird die Verhandlung über die Einleitung eines Enquete-Verfahrens bezüglich der Patentgesetzgebung. Der Ausschuss für Handel und Verkehr, welcher mit dieser Angelegenheit befaßt worden, wird sich, wie man hört, erst im Herbst mit derselben beschäftigen, und löst die sich dem Enquete-Verfahren leicht bis zum Ende des Jahres verzögern.

Dem Bundesrathe sind kurz vor der Beratung noch die Protokolle über die Berechnung von Eadachtsfähigkeiten bezüglich der Frage wegen Einführung eines allgemeinen Wunschsages zugegangen. Es sind demnächst werden 9 Ausschüsse und 27 Gemeinderäte, welche den verschiedenen Zweigen Industrie angehören. Die Berechnungen wurden gefolgt von 7 Mitgliedern des Bundesrats und 3 Mitgliedern des Reichstagsparlamentes. Das Ministerium der Enquete geht dahin, daß die Fragen: ob die Werke der kühnen Kunst gegen unbefugte Nachahmung in Erzeugnissen der Industrie der Fabrikation, Handwerke und Manufakturen zu schützen seien, ob den Erzeugnissen der Kunstindustrie ein Schutz gegen unbefugte Nachahmung gewährt werden solle, und ob sich die Einführung eines allgemeinen Schutzgesetzes empfiehlt, bracht worden. Die Berechnungen haben nach allen Richtungen hin ein sehr umfangreiches Material ergeben, mit dessen Schätzung und Ausnutzung zum Zweck einer Enquete des Reichstagsparlamentes der Herr Ober Reichsrat Prof. Dr. Dambach und der Herr Reichsrat Dr. Böttcher beauftragt worden sind. Hier läßt sich die Wichtigkeit der Einbringung einer Vorlage in der nächsten Reichstagsession erwarten.

Wie haben bereits mitgeteilt, daß sich der Bundesrat auch über die Aufnahme einer Gewerbesteuer in Preußen Verhandlungen vor Kurzem schlichtig gemacht hat. In Gemäßheit der Beschlüsse des Reichstagsparlamentes, welche die Reichstagsparlamentarier im Reichstagsparlament, d. h. Spitzberg berichtet, beschloß der Bundesrat einige Abänderungen der Vor schläge, welche die Commission von Eadachtsfähigkeiten in den vom Reichstagsparlament anberaumten Konferenzen vom 26. Mai d. J. gemacht hatte. Es ist der Bericht der gedachten Commission für die Revision der Vor schläge über Ausbesserung der Gewerbesteuer im Reichstagsparlament in Druck erschienen. Der Bericht ist von dem Reichstagsparlament der Commission, des Regierungsraths Dr. Engel, erstattet und gibt ein glänzendes Zeugnis von der Thätigkeit derselben. Nach der Einleitung behandelt der Bericht hauptsächlich die Grenzen der Vorlagen von 1871, die Ausführung der letzteren und formalen Vor schläge über die Ausbesserung der vereinten Aufnahme der Gewerbesteuer. Ein Anhang enthält einen von dem Reichstagsparlament ausgesandten Entwurf, eine Anleitung zur Aufstellung einer Dampfpreis- und Dampfmaschinen-Statistik mit drei schematischen Anlagen, d. h. Fragebogen für solche Dampfmaschinen, Dampfpreise und Dampfmaschinen. (R. 3.)

Berlin. In Bezug auf die gegenwärtig umlaufenden Nachrichten über die Fortsetzung der Berliner Konferenz schreibt das Journal de St. Petersburg: „Die ausländische Presse beschäftigt sich mit einem neuen Rundschreiben der kaiserlichen Regierung über die Konferenz. Derselbe enthält die kaiserliche Erklärung und die wichtigsten Beschlüsse der Konferenz. Derselbe Rundschreiben ist allerdings vorhanden und vom 30. Mai datirt. Um jeglicher falschen Auslegung vorzubeugen, meinen wir seinen Inhalt kurz darlegen zu sollen. Die kaiserliche Regierung stellt sich veranlaßt, den an der Berliner Konferenz beteiligten gemeinsamen Regierungen die unter dem 26. September d. J. an sie ergangene Mitteilung in des Obdachtens zu empfehlen, welche sich auf die fernere Verhandlung des aus dieser Konferenz hervorgehenden Gesetzentwurfs bezieht. Sie weisen zur Klärung derselben und zur schließlichen Klärung der sich bei diesem Anlaß ergebenden Schwierigkeiten, Beobachtungen oder Vor schläge eingeladen werden. Erst wenn die kaiserliche Regierung im Besitze aller dieser Nachrichten ist, wird sie

in Stande sein, zu erörtern, ob auf dem beschriebenen Entwurf fortgebaut werden kann und ob die Unterzeichnung eines neuen Gesetzes sich empfiehlt. Außerdem glaubt die kaiserliche Regierung daran erinern zu müssen, daß die Fortsetzung der Berliner Konferenz nicht im Hinblick auf den Abschluß eines definitiven Vertrags zu erfolgen hat. Von dieser Auffassung her hat die Berliner Konferenz selbst allgemein angenommen. Es handelt sich einfach um Auslegung und gemeinsame Ergänzung der bestehenden Vertragsbedingungen, und zwar würden sich die Regierungen durch Abschluß wechselseitiger Erläuterungen zu verpflichten haben, diese Bestimmungen zur Grundlage derjenigen Vertragsbestimmungen zu nehmen, die sie ihren eigenen Verträgen enthalten.“

Berlin, 27. Juni. Culiussminister Dr. Falk hat bei seinem heutigen Antritt eine Reihe der herzlichsten Danksagen entgegen. Am Freitag Nachmittag gab ihm zu Ehren der Vertreter der Universität ein Festmahl in Godesberg, im großen Saale des Hotel Winkler; Abends war großer Festzug, veranstaltet von Stadtrath und Bürgern, und den Schluß der Festlichkeiten bildete ein sehr glänzender Concert in der Beckenhofhalle. Von den vielen Reden welche bei diesen Festlichkeiten gehalten wurden, können wir nur einige erwähnen. Vervorgelesen ist zunächst das bei dem Festmahl in Godesberg die Rede der Preisurtheile von dem Curator Geh. Rath Weiler mit einem Toast auf Sr. Maj. den Kaiser eröffnet wurde; ihm folgte der Rector Magnificus, Prof. Köpcke, mit einem Toast auf den Minister, welchem der Rector der evangelisch-lutherischen Universität, Herr Wengeler, mit einem Toast auf die verehrte Frau Ministerin, darauf erhob sich Dr. Winkler Dr. Falk zur Antwort. Anknüpfend an das was der Rector Köpcke von den besonderen Schwierigkeiten in Bezug hatte, mit denen gerade die Universität Bonn von jeher zu kämpfen gehabt, und nach zu kämpfen habe, brachte er auf das Gedächtnis der Hochschule, der er seine fortwährende Theilnahme widmete, mit herzlich und gemüthlichen Worten ein Hoch aus. Nach dem Abschluß des Festmahl wurde die Feier durch die Rath Schulte auf Rheinland und Westfalen fortgeführt. Die bei dem Festmahl in Godesberg gehaltenen Reden, gehalten von den Deputirten, welche in den inneren Räumen des Hotel Eitel vor sich ging, vom Advocatenwahl Dr. Winkler, und von dem Waisen heraus, und forderte zu einem Hoch auf den Minister auf. Nachdem die nicht eben weillenden Reden vollendet waren, trat Dr. Falk an die Spitze des Festmahl und sprach folgende mit sehr feiner Gelehrsamkeit ausgestattete Rede: „Herrn Minister, Sie sind heute in die Hauptstadt gekommen, um die Angelegenheiten der Universität zu besprechen. Ich habe die Ehre, Sie zu begrüßen. Ich habe die Ehre, Sie zu begrüßen. Ich habe die Ehre, Sie zu begrüßen.“

Berlin, 28. Juni. In der letzten Sitzung der Reichstagsparlamentarier wurde die Einleitung eines Enquete-Verfahrens bezüglich der Patentgesetzgebung. Der Ausschuss für Handel und Verkehr, welcher mit dieser Angelegenheit befaßt worden, wird sich, wie man hört, erst im Herbst mit derselben beschäftigen, und löst die sich dem Enquete-Verfahren leicht bis zum Ende des Jahres verzögern.

Die Berechnungen wurden gefolgt von 7 Mitgliedern des Bundesrats und 3 Mitgliedern des Reichstagsparlamentes. Das Ministerium der Enquete geht dahin, daß die Fragen: ob die Werke der kühnen Kunst gegen unbefugte Nachahmung in Erzeugnissen der Industrie der Fabrikation, Handwerke und Manufakturen zu schützen seien, ob den Erzeugnissen der Kunstindustrie ein Schutz gegen unbefugte Nachahmung gewährt werden solle, und ob sich die Einführung eines allgemeinen Schutzgesetzes empfiehlt, bracht worden. Die Berechnungen haben nach allen Richtungen hin ein sehr umfangreiches Material ergeben, mit dessen Schätzung und Ausnutzung zum Zweck einer Enquete des Reichstagsparlamentes der Herr Ober Reichsrat Prof. Dr. Dambach und der Herr Reichsrat Dr. Böttcher beauftragt worden sind. Hier läßt sich die Wichtigkeit der Einbringung einer Vorlage in der nächsten Reichstagsession erwarten.

Wie haben bereits mitgeteilt, daß sich der Bundesrat auch über die Aufnahme einer Gewerbesteuer in Preußen Verhandlungen vor Kurzem schlichtig gemacht hat. In Gemäßheit der Beschlüsse des Reichstagsparlamentes, welche die Reichstagsparlamentarier im Reichstagsparlament, d. h. Spitzberg berichtet, beschloß der Bundesrat einige Abänderungen der Vor schläge, welche die Commission von Eadachtsfähigkeiten in den vom Reichstagsparlament anberaumten Konferenzen vom 26. Mai d. J. gemacht hatte. Es ist der Bericht der gedachten Commission für die Revision der Vor schläge über Ausbesserung der Gewerbesteuer im Reichstagsparlament in Druck erschienen. Der Bericht ist von dem Reichstagsparlament der Commission, des Regierungsraths Dr. Engel, erstattet und gibt ein glänzendes Zeugnis von der Thätigkeit derselben. Nach der Einleitung behandelt der Bericht hauptsächlich die Grenzen der Vorlagen von 1871, die Ausführung der letzteren und formalen Vor schläge über die Ausbesserung der vereinten Aufnahme der Gewerbesteuer. Ein Anhang enthält einen von dem Reichstagsparlament ausgesandten Entwurf, eine Anleitung zur Aufstellung einer Dampfpreis- und Dampfmaschinen-Statistik mit drei schematischen Anlagen, d. h. Fragebogen für solche Dampfmaschinen, Dampfpreise und Dampfmaschinen. (R. 3.)

berlegungen die Sie mir übergeben. Hier, auf dem Wege der Stadt, wie ich die Bürger verstehen und die Studenten der Universität vereinigt, wie ich die Bürger verstehen und die Studenten der Universität vereinigt, wie ich die Bürger verstehen und die Studenten der Universität vereinigt.

Herr v. Seydel, heißt es, wird der Leitung der Staatsarchiv einen neuen Aufnahmeplan geben, und soll dazu bereits einen neuen Organisationsplan entworfen haben; Dr. Lehmann, ein bekannter Gelehrter, wird ihm als Assistent beigegeben werden. Da Dr. v. Seydel Mitglied der Akademie der Wissenschaften ist, so wird er wohl von dem ihm daraus erwachsenden Rechte Gebrauch machen, an der Universität historische Vorlesungen zu halten.

Der gestern ging durch die Blätter eine Mitteilung von dem Fortgange der Ultramontanen in Westfalen gegen die Redactoren der liberalen und nationalen Zeitungen. Es wurde berichtet, daß von Seiten der Clerus förmlich ein Bann gegen einen solchen verhängt werde, und daß er alles drei bis viermal schwer bestrafen müsse als die übrigen Einwohner, so wie andere Heiden eines blinden Pantheismus. Es wird auch jetzt von einem eifrigsten Fall im Münsterlande berichtet, der bereits zum zweiten Male Schlägerungen sind. Der Redacteur der Westfälischen Provinzialzeitung Guntter hatte in anerkennender Weise in dem von ihm redigierten Blatte sich an die Seite der Regierung gestellt, und zu wiederholten Malen die verschiedenen Lehrsätze der Ultramontanen ans Licht gezogen. Die Folge davon war, daß eine systematische Verfolgung gegen ihn eingeleitet wurde, und daß das Comité jener Zeitung, aus Staatsratsräthen bestehend, unter dem Druck seiner ultramontanen Glaubensgenossen an derselben die Forderung stellte, die Ultramontanen zu verlassen. Als er nur vor kurzem die kanonischen Vorgänge in Rhine zur Kenntnis brachte, und daran die Behauptung knüpfte, es müsse vor allem darauf geachtet werden, daß nur zuverlässige Beamte in Dienste treten, welche den Ultrantern die schließliche Verantwortlichkeit entgegennehmen, nicht aber die alleinige Verantwortung auf sich zu nehmen, so wurde ihm ein sehr schärfendes Geheiß zu Theil. Es ist hier ein Beweis dafür, wie wichtig der Einfluß der ultramontanen Partei zu Gebote steht, und wie vielfache ihre Gegner selbst auch dem Hinterhalte zu treffen vermögen.

Berlin, 28. Juni. In den Angelegenheiten, welche in den Bundesraths-Ausschüssen verhandelt sind, wird die Verhandlung über die Einleitung eines Enquete-Verfahrens bezüglich der Patentgesetzgebung. Der Ausschuss für Handel und Verkehr, welcher mit dieser Angelegenheit befaßt worden, wird sich, wie man hört, erst im Herbst mit derselben beschäftigen, und löst die sich dem Enquete-Verfahren leicht bis zum Ende des Jahres verzögern.

Dem Bundesrathe sind kurz vor der Beratung noch die Protokolle über die Berechnung von Eadachtsfähigkeiten bezüglich der Frage wegen Einführung eines allgemeinen Wunschsages zugegangen. Es sind demnächst werden 9 Ausschüsse und 27 Gemeinderäte, welche den verschiedenen Zweigen Industrie angehören. Die Berechnungen wurden gefolgt von 7 Mitgliedern des Bundesrats und 3 Mitgliedern des Reichstagsparlamentes. Das Ministerium der Enquete geht dahin, daß die Fragen: ob die Werke der kühnen Kunst gegen unbefugte Nachahmung in Erzeugnissen der Industrie der Fabrikation, Handwerke und Manufakturen zu schützen seien, ob den Erzeugnissen der Kunstindustrie ein Schutz gegen unbefugte Nachahmung gewährt werden solle, und ob sich die Einführung eines allgemeinen Schutzgesetzes empfiehlt, bracht worden. Die Berechnungen haben nach allen Richtungen hin ein sehr umfangreiches Material ergeben, mit dessen Schätzung und Ausnutzung zum Zweck einer Enquete des Reichstagsparlamentes der Herr Ober Reichsrat Prof. Dr. Dambach und der Herr Reichsrat Dr. Böttcher beauftragt worden sind. Hier läßt sich die Wichtigkeit der Einbringung einer Vorlage in der nächsten Reichstagsession erwarten.

Wie haben bereits mitgeteilt, daß sich der Bundesrat auch über die Aufnahme einer Gewerbesteuer in Preußen Verhandlungen vor Kurzem schlichtig gemacht hat. In Gemäßheit der Beschlüsse des Reichstagsparlamentes, welche die Reichstagsparlamentarier im Reichstagsparlament, d. h. Spitzberg berichtet, beschloß der Bundesrat einige Abänderungen der Vor schläge, welche die Commission von Eadachtsfähigkeiten in den vom Reichstagsparlament anberaumten Konferenzen vom 26. Mai d. J. gemacht hatte. Es ist der Bericht der gedachten Commission für die Revision der Vor schläge über Ausbesserung der Gewerbesteuer im Reichstagsparlament in Druck erschienen. Der Bericht ist von dem Reichstagsparlament der Commission, des Regierungsraths Dr. Engel, erstattet und gibt ein glänzendes Zeugnis von der Thätigkeit derselben. Nach der Einleitung behandelt der Bericht hauptsächlich die Grenzen der Vorlagen von 1871, die Ausführung der letzteren und formalen Vor schläge über die Ausbesserung der vereinten Aufnahme der Gewerbesteuer. Ein Anhang enthält einen von dem Reichstagsparlament ausgesandten Entwurf, eine Anleitung zur Aufstellung einer Dampfpreis- und Dampfmaschinen-Statistik mit drei schematischen Anlagen, d. h. Fragebogen für solche Dampfmaschinen, Dampfpreise und Dampfmaschinen. (R. 3.)

Berlin. In Bezug auf die gegenwärtig umlaufenden Nachrichten über die Fortsetzung der Berliner Konferenz schreibt das Journal de St. Petersburg: „Die ausländische Presse beschäftigt sich mit einem neuen Rundschreiben der kaiserlichen Regierung über die Konferenz. Derselbe enthält die kaiserliche Erklärung und die wichtigsten Beschlüsse der Konferenz. Derselbe Rundschreiben ist allerdings vorhanden und vom 30. Mai datirt. Um jeglicher falschen Auslegung vorzubeugen, meinen wir seinen Inhalt kurz darlegen zu sollen. Die kaiserliche Regierung stellt sich veranlaßt, den an der Berliner Konferenz beteiligten gemeinsamen Regierungen die unter dem 26. September d. J. an sie ergangene Mitteilung in des Obdachtens zu empfehlen, welche sich auf die fernere Verhandlung des aus dieser Konferenz hervorgehenden Gesetzentwurfs bezieht. Sie weisen zur Klärung derselben und zur schließlichen Klärung der sich bei diesem Anlaß ergebenden Schwierigkeiten, Beobachtungen oder Vor schläge eingeladen werden. Erst wenn die kaiserliche Regierung im Besitze aller dieser Nachrichten ist, wird sie

in Stande sein, zu erörtern, ob auf dem beschriebenen Entwurf fortgebaut werden kann und ob die Unterzeichnung eines neuen Gesetzes sich empfiehlt. Außerdem glaubt die kaiserliche Regierung daran erinern zu müssen, daß die Fortsetzung der Berliner Konferenz nicht im Hinblick auf den Abschluß eines definitiven Vertrags zu erfolgen hat. Von dieser Auffassung her hat die Berliner Konferenz selbst allgemein angenommen. Es handelt sich einfach um Auslegung und gemeinsame Ergänzung der bestehenden Vertragsbedingungen, und zwar würden sich die Regierungen durch Abschluß wechselseitiger Erläuterungen zu verpflichten haben, diese Bestimmungen zur Grundlage derjenigen Vertragsbestimmungen zu nehmen, die sie ihren eigenen Verträgen enthalten.“

Berlin, 27. Juni. Culiussminister Dr. Falk hat bei seinem heutigen Antritt eine Reihe der herzlichsten Danksagen entgegen. Am Freitag Nachmittag gab ihm zu Ehren der Vertreter der Universität ein Festmahl in Godesberg, im großen Saale des Hotel Winkler; Abends war großer Festzug, veranstaltet von Stadtrath und Bürgern, und den Schluß der Festlichkeiten bildete ein sehr glänzender Concert in der Beckenhofhalle. Von den vielen Reden welche bei diesen Festlichkeiten gehalten wurden, können wir nur einige erwähnen. Vervorgelesen ist zunächst das bei dem Festmahl in Godesberg die Rede der Preisurtheile von dem Curator Geh. Rath Weiler mit einem Toast auf Sr. Maj. den Kaiser eröffnet wurde; ihm folgte der Rector Magnificus, Prof. Köpcke, mit einem Toast auf den Minister, welchem der Rector der evangelisch-lutherischen Universität, Herr Wengeler, mit einem Toast auf die verehrte Frau Ministerin, darauf erhob sich Dr. Winkler Dr. Falk zur Antwort. Anknüpfend an das was der Rector Köpcke von den besonderen Schwierigkeiten in Bezug hatte, mit denen gerade die Universität Bonn von jeher zu kämpfen gehabt, und nach zu kämpfen habe, brachte er auf das Gedächtnis der Hochschule, der er seine fortwährende Theilnahme widmete, mit herzlich und gemüthlichen Worten ein Hoch aus. Nach dem Abschluß des Festmahl wurde die Feier durch die Rath Schulte auf Rheinland und Westfalen fortgeführt. Die bei dem Festmahl in Godesberg gehaltenen Reden, gehalten von den Deputirten, welche in den inneren Räumen des Hotel Eitel vor sich ging, vom Advocatenwahl Dr. Winkler, und von dem Waisen heraus, und forderte zu einem Hoch auf den Minister auf. Nachdem die nicht eben weillenden Reden vollendet waren, trat Dr. Falk an die Spitze des Festmahl und sprach folgende mit sehr feiner Gelehrsamkeit ausgestattete Rede: „Herrn Minister, Sie sind heute in die Hauptstadt gekommen, um die Angelegenheiten der Universität zu besprechen. Ich habe die Ehre, Sie zu begrüßen. Ich habe die Ehre, Sie zu begrüßen.“

Berlin, 28. Juni. In der letzten Sitzung der Reichstagsparlamentarier wurde die Einleitung eines Enquete-Verfahrens bezüglich der Patentgesetzgebung. Der Ausschuss für Handel und Verkehr, welcher mit dieser Angelegenheit befaßt worden, wird sich, wie man hört, erst im Herbst mit derselben beschäftigen, und löst die sich dem Enquete-Verfahren leicht bis zum Ende des Jahres verzögern.

Dem Bundesrathe sind kurz vor der Beratung noch die Protokolle über die Berechnung von Eadachtsfähigkeiten bezüglich der Frage wegen Einführung eines allgemeinen Wunschsages zugegangen. Es sind demnächst werden 9 Ausschüsse und 27 Gemeinderäte, welche den verschiedenen Zweigen Industrie angehören. Die Berechnungen wurden gefolgt von 7 Mitgliedern des Bundesrats und 3 Mitgliedern des Reichstagsparlamentes. Das Ministerium der Enquete geht dahin, daß die Fragen: ob die Werke der kühnen Kunst gegen unbefugte Nachahmung in Erzeugnissen der Industrie der Fabrikation, Handwerke und Manufakturen zu schützen seien, ob den Erzeugnissen der Kunstindustrie ein Schutz gegen unbefugte Nachahmung gewährt werden solle, und ob sich die Einführung eines allgemeinen Schutzgesetzes empfiehlt, bracht worden. Die Berechnungen haben nach allen Richtungen hin ein sehr umfangreiches Material ergeben, mit dessen Schätzung und Ausnutzung zum Zweck einer Enquete des Reichstagsparlamentes der Herr Ober Reichsrat Prof. Dr. Dambach und der Herr Reichsrat Dr. Böttcher beauftragt worden sind. Hier läßt sich die Wichtigkeit der Einbringung einer Vorlage in der nächsten Reichstagsession erwarten.

